

# Kommunistische Strategie im Umbruch

## Grundsatzdebatte vor dem Parteitag der CPP

Die Auseinandersetzungen über die weitere Strategie in der CPP dauern an. Führende Funktionäre haben angedeutet, daß wohl noch 1987 ein Parteitag wichtige Entscheidungen bringen soll.

Gareth Porter, vormals ein bekannter Kritiker der US-Politik in Vietnam und jetzt Professor an der American University in Washington DC, hat im Februar dieses Jahres eine umfassende Studie über die Counterinsurgency-Politik auf den Philippinen publiziert. Darin analysiert er auch die internen Diskussionen von CPP und NPA. Die folgenden Auszüge aus dieser Studie beschäftigen sich mit zentralen Problemen, vor denen die CPP in der "Zeit nach Marcos" steht.

Der gewaltlose Sturz von Präsident Ferdinand Marcos und seine Ersetzung durch die enorm populäre Corazon Aquino stellte für die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) eine beispiellose Herausforderung dar. Diese "neue Situation" hätte die CPP ungeachtet der bisherigen Leistungen der Parteiführung zu bedeutenden Berichtigungen ihrer politischen und militärischen Linie gezwungen. Die Umstände aber, unter denen die Aquino-Regierung an die Macht kam - die Isolation der Partei von fortschrittlichen Kräften durch ihre Boykott-Politik in den Februarwahlen - warfen in der Partei Forderungen nach Maßnahmen auf, die sicherstellen sollen, daß ähnliche Fehlleistungen nicht wieder vorkommen können. Und während die Diskussionen andauern, wie die politisch-militärische Haltung der Partei neu zu orientieren ist und wie der Boykott-Irrtum korrigiert werden kann, argumentieren Kritiker der maoistisch inspirierten Linie des langandauernden Volkskrieges, daß die Boykott-Politik das unvermeidliche Resultat einer falschen strategischen Linie gewesen ist.

Drei verschiedene Prozesse haben seit dem Sturz von Marcos in der Partei zusammengewirkt: die Anpassung der Strategie an die "neue Situation", die Antwort auf den Fehler, den die Führungsgruppe in bezug auf die Boykott-Entscheidung beging, und eine intensive Debatte über die Richtigkeit der bestehenden strategischen Linie. Die Gegner der bisherigen Strategie haben nicht genug CPP-Führer gewinnen können, um die Anerkennung der Notwendigkeit einer Veränderung zu erzwingen. Die Debatte über die grundlegende strategische Linie der Partei ist jedoch auf keinen Fall vorbei.

### "Volkskrieg und Boykott-Politik"

Im Zentrum der strategischen Debatte stehen die Bedeutung und die Gewichtung des Verhältnisses von bewaffnetem und politischem Kampf.

Niemand in der Partei leugnet die Wichtigkeit einer starken NPA, aber die Kritiker der bestehenden Linie argumentieren, daß die Überbetonung des langandauernden bewaffneten Kampfes die Möglichkeiten eines viel früheren Sieges durch legalen und illegalen politischen Kampf in den städtischen Gebieten, insbesondere in Metro-Manila, verdunkelt hat.

Die "taktischen" Berichtigungen der CPP-Strategie seit Februar - der Eintritt in Friedensverhandlungen mit der Aquino-Regierung, die Begrenzung militärischer Operationen und die Erhöhung der relativen Wichtigkeit des politischen Kampfes - haben Implikationen für diese breitere strategische Debatte. Eine logische Implikation besteht darin, daß der bewaffnete Kampf im Verhältnis zum politischen Kampf, mindestens zur Zeit, abgewertet werden muß. Aber die CPP-Führung scheint aus Befürchtungen heraus jede solche Implikation verneint zu haben.

Die gegenwärtige strategische Debatte in der Partei stellt die erste ernste Herausforderung des Primates des bewaffneten Kampfes in der revolutionären Strategie dar, seit die CPP 1968 gebildet wurde.

(...)  
Satur Ocampo, der Mitglied der NDF-Verhandlungsdelegation bei den Friedensgesprächen ist, bestätigte in einem Interview, daß es, obwohl "einige Sektionen der Bewegung klar umrissene Positionen entwickelt haben", "fortgesetzte Diskussionen" und "den Austausch von Meinungen" über solche Probleme gibt.<sup>1</sup>

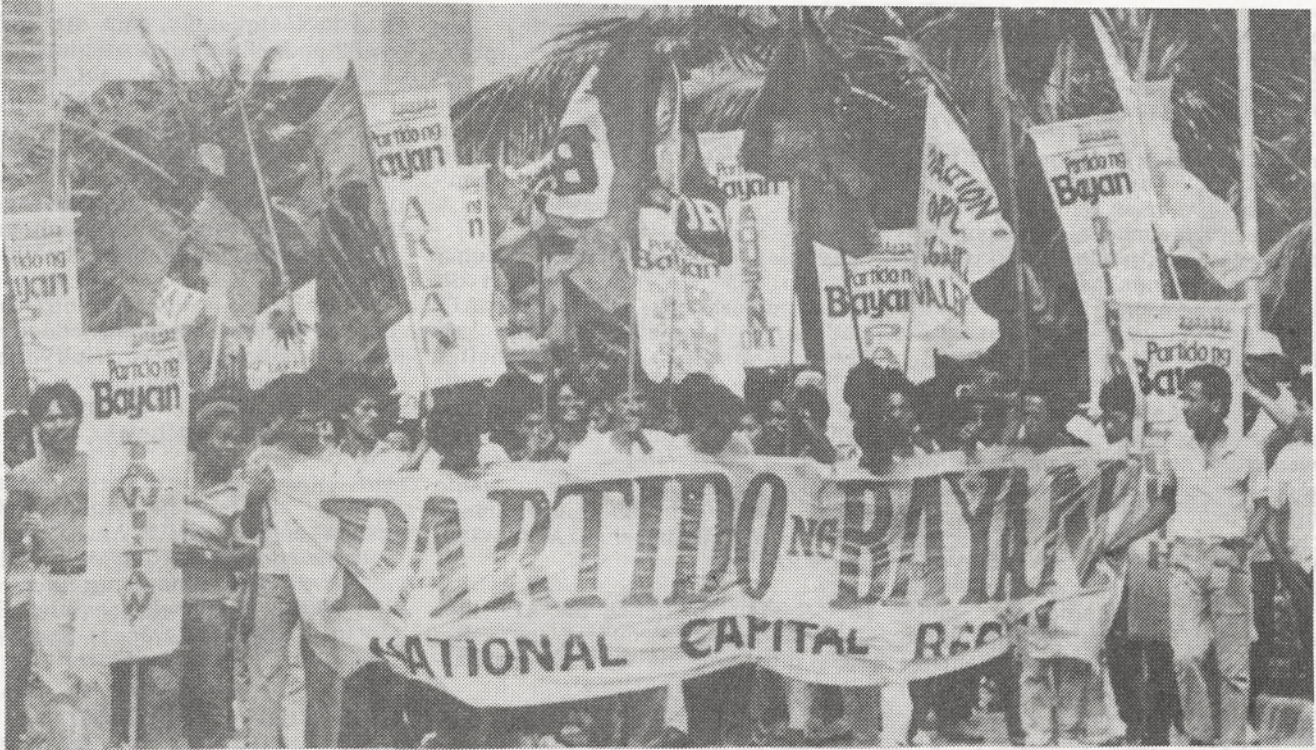
Diese Debatten, die "etwas Neues" in der Partei sind, finden statt, so erklärte er, "weil die Situation noch im Übergang ist". Ocampo fügte jedoch hinzu, "daß die CPP sehr bald eine eindeutige Haltung zum Stand der politischen Kräfteverhältnisse einnehmen wird". Der Parteitag, dessen Abhaltung irgendwann 1987 erwartet wird, "könnte eine ausgezeichnete Gelegenheit für eine Vereinheitlichung der Perspektive hinsichtlich der nationalen Situation, der Strategie und der Taktik sein", sagte er.

### Die strategische Debatte und das Verhandlungsproblem

Vier verschiedene, obwohl miteinander-zusammenhängende Probleme können als zentral für die innerparteiliche Diskussion ausgemacht werden. Diese Probleme und Positionen, die jeweils von den beiden Seiten eingenommen werden, könnte man wie folgt zusammenfassen:

1. Die relative Wichtigkeit von bewaffnetem und nicht-bewaffnetem Kampf:

Der offizielle Parteistandpunkt besagt noch, daß der bewaffnete Kampf vorrangig ist, während der politische Kampf zweitrangig ist. Die "Verbesserer" argumentieren, daß die Priorität genau umgekehrt werden sollte. Sie führen die Februar-Erhebung als Beweis dafür an, daß im philippinischen politischen Kontext die unbewaffneten Massen eine Regierung schneller stürzen, als die bewaffneten Kräfte auf dem Land sich ihren Weg in die Städte erkämpfen können. Das Konzept des städtischen Aufstandes, das von der orthodoxen Position dem militärischen Kampf untergeordnet wird, ist aus der Sicht der Dissidenten richtiger Bestandteil einer vorwiegend politischen Strategie zur Gewinnung der Macht.



Welche Bedeutung hat der legale Kampf? (Foto:Midweek)

## 2. Die Rolle des Wahlkampfes:

Die offizielle Parteiposition ist, daß Wahlkampf den Zielen des bewaffneten Kampfes eher dient als jenen des politischen Kampfes. Der wichtigste Grund für ein Engagement im Wahlprozeß besteht aus der Perspektive des Volkskrieges darin, Macht in Städten zu gewinnen, in denen die CPP/NPA-Organisation stark ist, so daß die Regierung städtische Behörden nicht zur Durchführung von Counterinsurgency-Kampagnen gebrauchen kann und städtische Ressourcen statt dessen für die Unterstützung der Guerilla-Fronten verwendet werden können.

Auf der anderen Seite sehen die "Verbesserer" Wahlkampf in erster Linie als ein Mittel an, um die Partei in eine Position zu bringen, in der sie maximalen Einfluß auf eine politische Konfrontation zwischen den verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klassen nehmen kann. Sie wollen sicherstellen, daß die Partei Teil einer Koalition mit liberalen und progressiven Kräften, die Aquino stützen, ist - einer Koalition, die sogar zur Machtteilung führen könnte.

## 3. Die Aquino-Regierung:

Die offizielle Linie besagt, daß die Aquino-Regierung zum Ziel hat, die herrschenden Klassen an der Macht zu halten und daß die herrschenden Klassen in ihrer Entschlossenheit, die bewaffnete revolutionäre Bewegung zu zerstören, vereint bleiben. Deshalb, so wird gefolgert, hat kein grundlegender Wandel stattgefunden. Mehr noch, seit der Enrile-Ramos-Block die

Mittel der Repression kontrolliert, kann Aquino eine eventuelle Festigung der Macht durch die Rechte nicht verhindern.

Die "Verbesserer" jedoch gehen davon aus, daß die Regierung objektiv fortschrittlich ist, dadurch, daß sie eine faschistische Diktatur gestürzt und so die herrschenden Klassen geschwächt und ein liberal-demokratisches Regime eingesetzt hat. Trotzdem sie anerkennen, daß der Aquino-Flügel Boden an die Rechte abgeben mußte, argumentieren sie, daß er immer noch progressive Initiativen ergreifen kann.<sup>2</sup>

## 4. Die Natur der Einheitsfront:

Der offizielle Standpunkt besagt, daß die CPP offen ist für eine taktische Einheitsfront mit Aquino und ihren Unterstützern, einschließlich der "bürgerlichen Reformisten", in spezifischen Fragen, daß aber ein "strategisches" Bündnis seine Grundlage in der national-demokratischen Linie haben muß, einschließlich ihrer antifeudalistischen und antiimperialistischen (d.h. Anti-US) Elemente und der Führung durch die CPP. Deshalb wird kein strategisches Bündnis mit dem Aquino-Flügel der Regierung in Erwägung gezogen.

Die "Verbesserer" verlangen dagegen ein breites strategisches Bündnis mit allen "antifaschistischen" Kräften, einschließlich der "bürgerlichen Reformisten".

Sie plädieren für eine Aufweichung der national-demokratischen Linie, um all jene miteinzubeziehen, die "Anti-Faschisten" sind, aber nicht

das national-demokratische Programm unterstützen können.

Im Kontext dieser strategischen Debatte hat die Parteiführung eine Reihe von politischen Schwenks gemacht, die "taktischen" Charakter haben, aber zu wichtigeren Veränderungen führen können, wenn die Ansichten der "Verbesserer" die Oberhand gewinnen. Diese Schwenks umfassen die Orientierung legaler Organisationen auf die Unterstützung der liberal-demokratischen Teile der Aquino-Regierung, die Gründung einer legalen politischen Partei, die die national-demokratische Linie vertritt, eine größere Selektivität der militärischen Operationen und den Eintritt in Friedensverhandlungen mit der Aquino-Regierung.

Eine der ersten wichtigen politischen Entscheidungen der CPP in der Folge der Februar-Ereignisse war die Erlaubnis für legale Organisationen unter Partei-Einfluß, sich mit fortschrittlichen Elementen der Aquino-Regierung in bestimmten Fragen zu verbünden. "Ang Bayan" erklärte in der ersten Ausgabe nach dem Machtantritt Aquino's, daß die Partei "die Initiativen von liberalen und fortschrittlichen Kräften inner- und außerhalb der Regierung für demokratische Reformen unterstützt, ganz gleich, ob sie mit unseren eigenen Organisationen und Aktivitäten koordiniert sind oder nicht".<sup>3</sup>

Ein Memorandum der Einheitsfront-Kommission der Partei an die Parteieinheiten vom 14. März erklärt, warum es im Interesse der revolutionären Bewegung ist, "die libera-

len Teile der Aquino-Regierung mit dem Ziel zu unterstützen und zu entwickeln, gegen ihre faschistischen und konservativen Seiten zu opponieren": Es würde helfen, "die demokratischen Errungenschaften, die vom Volk soweit erreicht wurden, zu bewahren und zu fördern ... , die Widersprüche zwischen den miteinander ringenden Fraktionen in der Regierungskoalition zu verschärfen und eine Konsolidierung der konservativen oder faschistischen Fraktionen zu verhindern". Währenddessen würde es die Partei in eine Position bringen, eventuell "die Führung der offenen Massenbewegung zu übernehmen und 'People Power' die richtige Richtung zu geben".<sup>4</sup>

Die CPP-Führung nützte den Vorteil des "demokratischen Raumes", den die Aquino-Regierung bot, auch schnell, um die Bildung einer neuen politischen Partei zu genehmigen, um die national-demokratische Linie - und damit die strategischen Interessen der CPP - in die Wahl-Politik zu tragen. Die neue Partei mit dem Namen Partido ng Bayan (PnB, Volkspartei) wurde von prominenten früheren Parteiführern organisiert, einschließlich des Gründungsvorsitzenden Sison und des ersten NPA-Chefs Bernabe Buscayno, die beide etliche Jahre im Gefängnis gewesen waren.

(...)

Diese neue Situation verlangte ebenso Änderungen in der Politik der Partei hinsichtlich des bewaffneten Kampfes. Es war notwendig, zu unterscheiden zwischen dem bewaffneten Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und dem bewaffneten Kampf zur Destabilisierung oder zum Sturz der Aquino-Regierung, die von einer Welle immenser Popularität getragen wurde.

Die erste Einschätzung der Partei legte nahe, daß es jetzt ein "defensiver bewaffneter Kampf gegen den Faschismus" sein würde und deutete an, daß er sich gegen hochrangige Ziele richten könnte, die mit dem alten Regime und wirtschaftlicher oder politischer Repression verbunden waren, insbesondere etwa grausame militärische oder paramilitärische Einheiten, "warlords" und ihre Privatarmeen, sowie fanatische antikommunistische Sekten. Im Licht der neuen politischen Situation und zum gegenwärtigen Zeitpunkt, so wurde gesagt, "haben wir aufgehört, Waffen durch den Einsatz von Gewehrfeuer zu beschaffen; ... (wir) begrenzen die Partisanen-Angriffe, vermeiden zivile Ziele; und unterbrechen die Angriffe auf Dörfer und Städte."<sup>5</sup>

Die neue militärische Linie der CPP bestand darin, daß die NPA ihre militärischen Operationen nur "auf gerechter Grundlage, zum Wohle des Volkes und mit Zurückhal-

tung"<sup>6</sup> unternehmen sollte. Dies war so zu verstehen, daß Angriffe auf AFP-Einheiten untersagt waren, außer, wenn diese Einheiten zur Offensive übergingen, indem sie in Gebiete eindringen, die als "Guerilla-Zonen" betrachtet wurden.<sup>7</sup>

In Nueva Vizcaya und Ifugao schrieb das NPA-Kommando an die kommandierenden Offiziere der AFP und erinnerte sie daran, daß keinerlei Angriffe auf AFP-Einheiten unternommen worden waren, die nicht "in militärische Aktionen gegen das Volk und in Offensiven verwickelt waren".<sup>6</sup> In Zentral-Luzon, wo die AFP relativ wenig aktiv war, gab es nur geringe oder keine militärischen Aktivitäten der NPA.<sup>9</sup>

In Gebieten, in denen die AFP ihre gewöhnlichen Patrouillen mit dem Ziel, die Kontrolle aufrechtzuerhal-

## Das Konzept des städtischen Aufstandes, das von der orthodoxen Position dem militärischen Kampf untergeordnet wird, ist aus der Sicht der Dissidenten richtiger Bestandteil einer vorwiegend politischen Strategie zur Gewinnung der Macht.

ten, durchführte, wurden die taktischen Offensiven der NPA auf einem tieferen Niveau als normal fortgesetzt.

(...)

Das empfindlichste Problem, dem die CPP-Politik in der neuen Situation gegenüberstand, war die Frage, wie das Angebot der Aquino-Regierung, über einen Waffenstillstand und politische Probleme zu verhandeln, zu beantworten sei.

Im Gegensatz zu der Interpretation, daß die "Hardliner" in der CPP-Führung durch eine "gemäßigte" Fraktion zum Eintritt in die Verhandlungen gezwungen worden seien, ist - nach einer CPP-Quelle - davon auszugehen, daß sowohl die Anwälte des "Volkskriegs" als auch ihre Kritiker die Teilnahme an Verhandlungen unterstützt haben. Aber es gab eine heftige Debatte zwischen den beiden Tendenzen über die Bedeutung und die Ziele der Verhandlungen.<sup>10</sup>

Beide Seiten stimmten darin überein, daß die Waffenstillstands-Frage eine zentrale Herausforderung für die revolutionäre Bewegung war - vor allem wegen der Isolationsgefahr für den Fall, daß die Partei einen Fehler beging.

In einem gemeinsamen Memorandum der Nationalen Kommission für Städte und der Einheitsfront-Kommission der CPP vom Juli 1986

wurde festgestellt, daß die Waffenstillstands-Frage "strategische politische Auswirkungen auf die Entwicklung der revolutionären Kräfte" hätte. Die "unmittelbare Gefahr" besteht darin, so wurde gesagt, daß eine "politische Isolation in großem Maße sowohl unseren politischen Vormarsch als auch unsere militärische Arbeit behindern wird".<sup>11</sup>

Die CPP-Führer waren jedoch uneinig darüber, welche Implikationen diese Herausforderung für die Politik der Partei gegenüber der Aquino-Regierung hatte.

Auf einer Linie mit ihrer weiteren Analyse der neuen Regierung argumentierten die Anwälte des Volkskriegs, daß die Verhandlungen Teil der Anstrengungen der Regierung zur Isolation und Zerstörung der NPA wären. Ihre vorrangigen Ziele beim Eintritt in die

Gespräch bestanden deshalb darin, es zu vermeiden, die Initiative an Aquino zu verlieren und den bewaffneten Kampf zu legitimieren.

Auf der anderen Seite bestanden die Verbesserer darauf, daß die Motivation Aquinos für das Verhandlungsangebot von jener des Enrile-Ramos-Blocks unterschieden werden mußte. Sie sahen die Gespräche als wichtig für die Konsolidierung einer Einheitsfront mit dem fortschrittlichen Flügel der Aquino-Regierung an.<sup>12</sup>

(...)

Einige NPA-Kommandanten waren unzweifelhaft ebenso skeptisch wie einige Parteiführer in bezug auf das, was sie als eine "Waffenstillstands-Falle" ansahen. Sie glaubten, daß die NPA die Vorteile verlieren würde, die sie in den letzten Jahren erreicht hatte. Andere Parteiführer argumentierten jedoch, daß die vorrangige kurzfristige Aufgabe darin bestünde, das politische Format der NDF zu fördern und daß die Partei die politische Isolation vermeiden müsse. Um dieses Ziel zu erreichen, so glaubten sie, war die Destabilisierung der Aquino-Regierung durch den bewaffneten Kampf nicht der richtige Weg.

Die Politik der Aquino-Administration wird - wenn auch gefiltert durch die marxistisch-leninistische

Lupe der CPP-Führung - wesentlichen Einfluß auf die innerparteiliche Debatte über revolutionäre Strategie haben. Die Parteiführer verfolgten sorgfältig die politischen Manöver und die Konfrontation zwischen Aquino, Enrile und Ramos. Sie suchten nach Zeichen für grundlegende Verschiebungen in den Machtverhältnissen. Insbesondere beobachteten sie die Präsidentin Aquino, um festzustellen, ob sie sich wirklich dem Druck von Enrile und dem militärischen Establishment beugen würde.

Bevor Aquino Enrile entließ, waren sich sowohl die Anwälte des Volkskrieges als auch die Vertreter des städtischen Aufstandes darüber einig, daß sich Aquino in ihrer Wirtschaftspolitik bei ihren Nominierungen für die Verfassungsgebende Versammlung und bei ihren fehlgeschlagenen Versuchen, das Militär im Zaum zu halten, nach rechts bewegt hatte.<sup>13</sup>

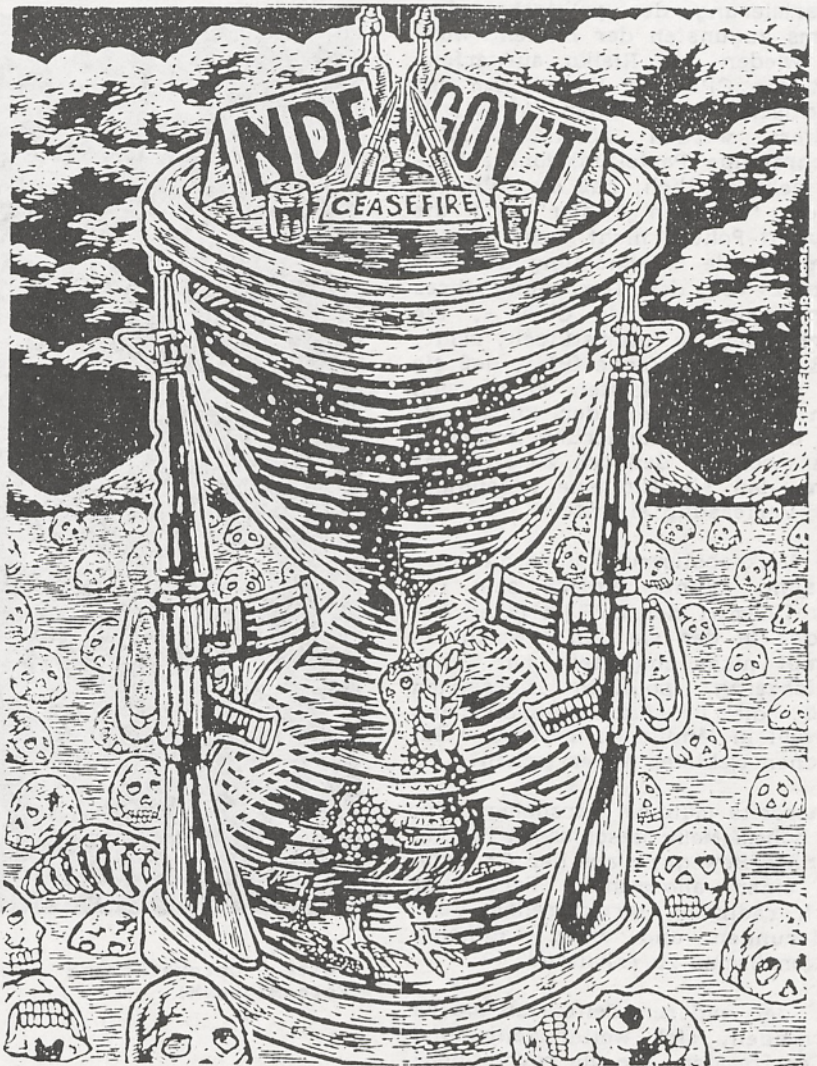
Diejenigen, die für die orthodoxe Strategie des Volkskrieges votieren, hatten jedoch erwartet, daß Aquinos Eintreten für die Rechte ein fester, langandauernder Trend sei, während andere Parteiführer weiterhin die Möglichkeit sahen, daß Aquino ebenso gut wieder gegen die Rechte vorgehen könnte.

Ende November 1986 feuerte Aquino Enrile. Dann einigten sich ihre Regierung und die CPP über einen Waffenstillstand. Diese Veränderungen werden wohl eine neue Runde der Diskussion innerhalb der Partei entfachen.

Wenn die CPP-Führung diese Ereignisse in dem Sinne interpretiert, daß Aquino keine Gefangene des Militärs und frei ist, um zu verhandeln, dann wird das wohl eher jene stärken, die für eine Einheitsfront mit Fortschrittlichen innerhalb der Regierung sind, als jene, die sich auf den bewaffneten Kampf als Zentrum der CPP-Strategie konzentrieren.

Wenn auf der anderen Seite die Parteiführer zu dem Schluß kommen, daß die liberal-demokratische Gruppe in der Regierung beseitigt oder drastisch geschwächt wurde und daß das Militär Aquinos Spielraum für Verhandlungen ernsthaft beschnitten hat, dann wird dies die Verteidiger der orthodoxen Strategie stärken.

Ein letztes politisches Problem, mit dem die CPP-Führung Ende 1986 konfrontiert wurde, war die Entscheidung, ob der Verfassungsentwurf der Aquino-Kommission bekämpft oder unterstützt werden sollte. Die Volksabstimmung wird im Februar 1987 stattfinden. Das Problem wird, so ist bekannt, sowohl in der CPP als auch in der Partido ng Bayan diskutiert. Die



Die Debatte wird sich zweifellos über Jahre fortsetzen, und der Charakter der zukünftigen Strategie der Partei wird in großem Maße von den erkennbaren Möglichkeiten und Risiken eines in den Städten wurzelnden und legalen politischen Kampfes abhängen.

Hauptfrage ist dabei, ob die Position der Partei zur Verfassung eine flexible Taktik oder einen "prinzipiellen Standpunkt" zum Ausdruck bringen soll. Diejenigen, die die Unterstützung der Verfassung favorisierten, betonten die Wichtigkeit, sich mit den Aquino-Kräften zu verbünden und den "demokratischen Raum" zu erweitern, indem man dabei hilft, den Anstrengungen der Ultra-Rechten, die Regierung zu destabilisieren, eine Niederlage zu bereiten.

Auf der anderen Seite betonten Parteiführer, die dafür plädierten, gegen die vorgeschlagene Verfassung zu arbeiten, daß die grundlegenden Bestimmungen des Dokumentes "gegen das Volk" und "antinationale" sind und daß die Partei ihre eigenen Prinzipien verletzen

müßte, um es zu unterstützen. Die Position der prinzipiellen Opposition würde zudem viel leichter der breiten Masse der Anhänger der Linken zu vermitteln sein. So sahen es z.B. die Delegierten aus Metro-Manila auf der Konferenz von Partido ng Bayan als gegeben an, daß die Linke gegen die Verfassung opponiert, bis ihre "Anti-Volks"-Bestimmungen geändert werden.<sup>14</sup>  
(...)

Das Problem der Stellung der CPP zur Verfassung weist in verschiedener Hinsicht Parallelen zum Problem der Teilnahme oder des Boykotts der Präsidentschaftswahlen 1986 auf. Eine Entscheidung zu opponieren, ausgehend von "Prinzipien" und der Hoffnung auf eine

Polarisierung des politischen Systems zugunsten der Linken, würde wieder das Risiko aufwerfen, daß die CPP vom Hauptstrom der städtischen politischen Aktivisten isoliert werden könnte. Einige hochrangige Parteifunktionäre fühlen sehr deutlich, daß die CPP sich einen "weiteren Fehler" wie die Boykott-Politik nicht mehr leisten kann.<sup>15</sup> Die Entscheidung der PnB - kurz vor der Ermordung ihres Vorsitzende Rolando Olalia -, die Verfassung zu unterstützen, zeigt, daß die legale Linke fühlt, daß sie es sich nicht leisten kann, sich von der Mehrheit der Philippinos, die die Aquino-Regierung unterstützen möchten, dadurch zu entfremden, daß sie für eine Ablehnung der Verfassung eintritt.<sup>16</sup>

Die Volksabstimmung über die Verfassung könnte typisch sein für das Dilemma der CPP in einer Periode, in der sie den bewaffneten Kampf nicht eingestellt hat, aber gleichzeitig politisch versuchen muß, die Pro-Aquino-Bevölkerung sowohl in ländlichen als auch städtischen Gebieten zu erreichen.

Einerseits muß sie versuchen, eine in hohem Maße geschlossen revolutionäre Bewegung auf der Grundlage einer allgemeinen Forderung nach radikalen strukturellen Veränderungen und eines radikalen Nationalismus zu erhalten.

Auf der anderen Seite muß sie es vermeiden, sich weiter denjenigen zu entfremden, die die revolutionären Forderungen nicht erfassen.

(...)

Die Vorgänge des letzten Jahres scheinen zu zeigen, daß die Strategie der CPP sich im frühen Stadium des Übergangs vom langandauernden Volkskrieg zur etwas stärkeren Orientierung auf die Wichtigkeit der städtischen Bevölkerung, auf eine breite Einheitsfront mit nicht-kommunistischen politischen Gruppen und auf legale, ja sogar Wahl-Politik, befindet.

Die Debatte wird sich zweifellos über Jahre fortsetzen, und der Charakter der zukünftigen Strategie der Partei wird in großem Maße von den erkennbaren Möglichkeiten und Risiken eines in den Städten wurzelnden und legalen politischen Kampfes abhängen. Wenn sich dieser Prozeß der strategischen Entwicklung jedoch fortsetzt, könnten sich die CPP-Führer in wachsendem Maße Schwierigkeiten gegenüber sehen, sollten sie zu ihrer früheren, ungeheuren Betonung des militärischen Weges zur Macht zurückkehren.

Gareth Porter

(aus: The Politics of Counterinsurgency in the Philippines: Military and Political Options, Hawaii 1987, S.32-49)

Übersetzung:  
Frithjof Schmidt



Breite Unterstützung der Verfassung in der Bevölkerung  
(Foto:Midweek)

#### Anmerkungen

- 1 Interview mit Satur Ocampo, Manila, 1.9.1986.
- 2 Zur Analyse dieser Diskussion in der CPP vgl. Veritas v. 3.4.1986. Dort wird ausführlich aus einem entsprechenden Parteidokument zitiert.
- 3 "Neue politische Situation", Ang Bayan, März 1986, S.4.
- 4 "Die gegenwärtige politische Lage und unsere unmittelbaren Aufgaben", Memorandum der Einheitsfront-Kommission der CPP an alle Einheiten, 14. März 1986, S.9.
- 5 Veritas v. 3.4.1986.
- 6 Brief des Operativen Kommandos der NPA für die Nueva Vizcaya-Ifuago Provinzen an die Kommandeure von AFP-Einheiten in Nueva Vizcaya-Ifuago vom 12. Juli 1986.
- 7 Funktionäre von CPP und NPA haben diese Politik oft gegenüber Journalisten kommentiert. Vgl. z.B. die Stellungnahme des NDF-Sprechers in LEYTE, in: Business Day v. 19.5.1986.
- 8 Brief des operativen Kommandos der NPA, Nueva Vizcaya-Ifuago.
- 9 Vgl. dazu die Erklärungen des Regional-Kommandanten der AFP für Zentral Luzon, der sogar darüber spekuliert, ob die Aufständischen dort aufgegeben hätten. In: The New Herald v. 23.4.1986.

- 10 Diese Analyse basiert auf einem Interview mit dem CPP-Kader Nr.1 v. 19.8.1986.
- 11 Text des Memorandums der Nationalen Kommission für Städte und der Einheitsfront-Kommission der CPP vom Juli 1986; vgl. The New Philippines Daily Express v. 28.11.1986.
- 12 Diese Position der "Verbesserer" spiegelt sich in einem Artikel wider, der in Ang Bayan publiziert wurde. Vgl. die ausführlichen Zitate aus diesem Artikel in: Ang Pahayagang Malaya v. 1.6.1986.
- 13 Memorandum des Exekutivkomitees des Zentralkomitees an die Gebiets-Kommissionen und andere Parteiorgane, "Negosasyon Tungkol sa Ceasefire" (Verhandlungen über einen Waffenstillstand), Juli 1986 (Photokopie des Originals).
- 14 Interview mit mehreren Mitgliedern der Delegation von Metro Manila v. 31.8.1986.
- 15 vgl. Philippine Daily Inquirer v. 27.10.1986.
- 16 vgl. The Washington Post v. 12.11.1986.

